

Wie wir Wirtschaften – zum Wohle aller?

Gastkommentar: Wir sind alle auf dieser Welt mehr oder weniger voneinander abhängig.

Von Holger Blisse

Ein sparsamer Umgang mit den begrenzten Ressourcen bedeutet, ökonomisch zu handeln, gut und sparsam zu wirtschaften. Doch nicht alle Ressourcen werden gleich behandelt. Es gibt allgemein – teils sogar frei – verfügbare Güter, sogenannte Ubiquitäten, wozu lange das Wasser zählte und heute noch die Atemluft. Wir beobachten in diesem Zusammenhang einen Raubbau an der Natur und Schadstoffemissionen. Die Natur stellt keine Rechnungen aus und ist kein Kläger, sie antwortet auf ihre Art und Weise: Es ist ihr egal, ob wir Menschen in 1000 Jahren noch die Welt bewohnen werden oder nicht, sie wird mit ihrer Kraft und Eigendynamik gewiss noch da sein.

Die sogenannten Nachhaltigkeitsjahrzehnte seit dem Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung im Jahr 1987 unter dem Titel „Unsere gemeinsame Zukunft“ haben das Bewusstsein verändert, allerdings noch nicht das aus ihm entspringende Handeln. Während die einen uns auf eine Klimakatastrophe zusteuern sehen, berichten andere, das Ozonloch über Australien werde wieder kleiner.

Es geht hier allerdings weniger

um die Frage, wer nun recht hat, sondern tatsächlich vor allem um die Art, wie wir wirtschaften, wie wir mit den vorhandenen Ressourcen umgehen. Leider sind die 1972 vom Club of Rome angekündigten Grenzen des Wachstums noch nicht erreicht. Im Gegenteil besteht die Wachstumseuphorie weiter.

Dauerhafte Konsumgüter

Es ist ein Wachstum, das auf Verbrauch (Konsum) basiert, und das ist nicht immer nachhaltig. Dem stellte schon 1974 Günter Faltn die Frage nach dauerhaften Konsumgütern gegenüber. Dabei geht es etwa um Dinge, die dem Anbieter ein permanentes Einkommen aus dem einmaligen Verkauf eines Produktes garantieren – zumindest solange der Anbieter selbst besteht und die Beziehung aufrechterhalten kann. Es ist ein Dauerschuldverhältnis zwischen Anbieter und Nachfrager, in gewisser Weise eine Abhängigkeit.

Deutlich wird dies zum Beispiel an der geänderten Preispolitik bei Software-Lösungen. Erwarb man früher gegen einmalige Zahlung eine Lizenz für den unbefristeten Einsatz eines Computerprogramms und konnte selbst den Zeitpunkt der Umstellung auf neuere Versionen bestimmen, so

sind heute immer mehr Anbieter dazu übergegangen, einerseits die Abstände zwischen den aktualisierten Versionen, also die Innovationszeiträume, zu verkürzen und andererseits permanente Verbesserungen durchzuführen. Dieses Service lassen sie sich regelmäßig wie bei einem Abonnement abgelden. Ähnlich ist es mit der Grundgebühr bei Telekommunikation oder Energieversorgung, die aus der Beziehung zu einem Anbieter entsteht, noch bevor man überhaupt dessen Leistungen in Anspruch genommen hat.

Gegenseitige Abhängigkeiten

Wir sind alle auf dieser Welt mehr oder weniger aufeinander angewiesen und voneinander abhängig. Wer einen anderen vertraglich über den Tisch zieht, braucht sich nicht zu wundern, wenn dieser nicht mehr mit ihm kontrahiert. Es sei denn – und das ist die große Gefahr in einer oligo- bis monopolistischen Zustände anstrebenden Welt –, es gibt keine Alternative(n). Dann ist es eine faktische Abhängigkeit, die sich nur durch wirksame Gegenmittel wie rechtlich bindende und national oder international durchsetzbare Regeln durchbrechen ließe. Dafür braucht es ein handlungsfähiges Gemeinwesen.

Wenn jetzt – sogar auf internationaler Ebene – eine Gemeinwohlorientierung der Ökonomie eingefordert wird, liest sich das wie das Eingeständnis, dass es keinen handlungsfähigen Staat (mehr) gebe. Vielmehr seien die Unternehmen selbst gefordert, entsprechend zu handeln – die Konsumenten würden dann schon darauf reagieren, wenn sie vor allem besonders gemeinwohlorientierte Firmen durch den Kauf ihrer Waren und Dienstleistungen fördern.

Es ist vielleicht sehr verkürzt gefragt, aber: Verstärkt damit eine weitere Spielart des Wirtschaftens dessen Macht und schwächt weiter, wie die kritisierten Freihandelsabkommen, die bisherige politische Ordnung, indem sie deren Maßstäbe (Ethik) in die Wirtschaft zu integrieren versucht? ■

ZUM AUTOR



Holger Blisse

ist Lehrbeauftragter und unter anderem auf kreditwirtschaftliche, genossenschaftliche,

sozialpolitische Themen spezialisiert. Foto: privat

PRESESTIMMEN

„Umfragen deuten darauf hin, dass insgesamt rund 60 Prozent der Stimmen an CDU, CSU und SPD gehen werden. Dennoch ist es unwahrscheinlich, dass Union und Sozialdemokraten nach der Wahl ihre Scheinehe fortsetzen wollen. Das größte Faszinosum dieser Wahl ist daher, in welcher Reihenfolge die vier kleinsten politischen Kräfte ins Ziel gehen: AfD, FDP, Grüne und Die Linke. Denn davon könnte abhängen, wie die nächste deutsche Regierung aussehen wird.“

„Diena“ (Riga) zu den deutschen Bundestagswahlen

„Die Studie der Bertelsmann-Stiftung zeichnet ein positives Bild der islamischen Gemeinschaft in der Schweiz: Danach gelingt deren Integration in vielen Bereichen besser als in unseren Nachbarländern Deutschland, Frankreich und Österreich. Doch zu Verharmlosung besteht kein Anlass: Es gibt in der hiesigen islamischen Gemeinschaft leider Personen, die offensichtlich die liberal-aufklärerischen Grundwerte ihres Gastlandes ablehnen. Es darf nicht sein, dass Imame die Moscheebesucher gegen die westlichen Gesellschaften aufhetzen und damit einen Nährboden für Extremismus legen – schon gar nicht, wenn sie vom Staat leben, gegen den sie wettern. Wozu das führen kann, zeigte sich (. . .) bei den Anschlägen in Spanien erneut.“

Die „Neue Zürcher Zeitung“ zur Studie zu muslimischen Gemeinden in Europa

Erst abonnieren, dann applaudieren.

In einem Abo der Wiener Zeitung steckt neben bestem Qualitätsjournalismus auch ein vielseitiges Kunst- und Kulturprogramm für Sie. Besuchen Sie als ABO+ Clubmitglied regelmäßig Konzerte, Theatervorstellungen, Ausstellungen und andere kulturelle Highlights zu ermäßigten Preisen oder sogar kostenlos. Sie erhalten einmal jährlich das ABO+ Gutscheineft mit attraktiven Angeboten.

Ihre weiteren Abo-Vorteile:

- Morgenzustellung bis 06:00 Uhr (wenn möglich)
- Uneingeschränkter Zugang zum Wiener Zeitung- und Amtsblatt-Online-Archiv
- Lieferunterbrechung jederzeit möglich
- Kostenlose Urlaubsnachsendung innerhalb Österreichs
- Zustellung an verschiedene Adressen in Österreich möglich

So kommen Sie zu Ihren Abo-Vorteilen:

Telefon Abo-Center: 0810 0810 99 | Fax: 01/206 99 100

E-Mail: abo-center@wienerzeitung.at | Web: wienerzeitung.at/abo



wienerzeitung.at

WIENER ZEITUNG ■
Zusammenhänge verstehen